

erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Hohe Str. 4.
H. Bebel, Petersstr. 18.
H. Thiele, Gassenstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.
Postexpedition für die fernliegenden Staaten:
F. A. Sorge, Box 107
Hoboken N.J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Die Wahl des Partei-Ausschusses,

welche gemäß der Bestimmung des zu Mainz stattgehabten Parteikongresses von den in Hamburg und seinem einmüthigen Umkreise wohnhaften Parteigenossen heute hier vorgenommen wurde, hatte folgendes Resultat:

- Ed. Frey, Tischler, 1. Vorsitzender.
- Friedr. Lenz, Tischler, 2. Vorsitzender.
- Lh. Nord, Tischler, Schriftführer.
- H. Venneke, Schuhmacher, Kassirer.
- Ernst Siebentopf, Schuhmacher, Beisitzer.

Hamburg, 22. September 1872.

Die Wahlkommission:

- F. Becker aus Altona.
- H. Pätzjohann aus Wandsbeck.
- G. Gädgens aus Hamburg.
- W. Hausstein, Schriftführer.
- Aug. Geib, Vorsitzender der Versammlung.

NB. Die Adresse von Nord, sowie von Venneke bleibt unverändert.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Sgr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlich zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oestreich kosten für 1 Gr. per Quartal 25 Sgr., die Schweiz 1 Thlr., Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr 8 Sgr. Zahlung pränumerando.

Parteigenossen!

Ein neues Quartal steht vor der Thür, gedenket des Parteiorgans. Wirte Jeder von Euch so viel er kann für dessen Verbreitung, die Verhältnisse sind uns günstig. Ueberall erwacht das Proletariat zum Klassenbewusstsein, überall erheben sich die geknechteten Massen zum Kampfe gegen ihre Unterdrücker. Vorwärts denn und sorgt, daß unser Parteiorgan unter die Arbeiter kommt! Arbeitet, agitirt, organisiert unablässig, wo ein Arbeiter in unsere Reihen eintritt, sei seine erste Pflicht: ein Abonnement auf das Organ.

Die Wuth und Verfolgungssucht unserer Gegner wird immer größer. Kaum ist noch ein öffentlich wirkender Parteigenosse da, der nicht schwere Geld- oder Gefängnisstrafen erlitten, oder dem sie nicht bevorstehen, zu geschweigen Derer, die eben hinter Kerkermauern die Rache unserer Gegner büßen.

Auf all' diese Unbill giebt es nur Eine Antwort: Arbeiten, mit allen zu Gebote stehenden Kräften, arbeiten für die Ausbreitung der Partei, die Verbreitung des Parteiorgans.

Parteigenossen! zeigt, daß im Kampfe uns der Muth wächst und — thut alle Eure Pflicht.

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag, gehalten vor freiwilligen Arbeitern des Wuppertals in Elberfeld-Barmen von J. Dieggen.

(Schluß.)

Betrachten wir von diesem Gesichtspunkte aus die bürgerliche Gesellschaft, oder vielmehr die freie Arbeit, als ihren wesentlichen Inhalt, so finden wir daran eine positive und eine negative Seite, je nach der Zeit, in der sie auftritt, eine Triebfeder oder ein Hemmschuh der Entwicklung. Was man ihr ewig nachrühmen wird ist, wie gesagt, die bis dahin unübertroffene Leistungsfähigkeit. Burg und Kloster, die Führer der hörigen Arbeit, trieben das Geschäft von ihren Höhen herab cavalierement, die freie Arbeit ist kaufmännisch geleitet. Da wird das Zeitwort verdienen bekanntlich groß geschrieben. Aber das ist nicht nur ein orthographischer, das ist ein organischer Fehler der bürgerlichen Gesellschaft; es ist der Keim des Todes in ihrer Constitution. Daß der Bürger von Morgens früh bis Abends spät nur nach Profit rechnet und kalkulirt, macht ihn und seine Epoche zu einem förderlichen Werkzeug der Kultur. Daß aber andererseits er und seine Epoche in ihrem Heißhunger nach klingendem Werth und materiellem Gut Zweck und Mittel verwechseln, wenn sie vergessen, daß der Mensch erwirbt um zu leben, und nicht lebt, um zu erwerben, so ist das die Veranlassung, daß der Bürger seine Aufgabe bis zu einem Grade löst, wo sie abgenutzt sich in ihr Gegenteil verkehrt. Wie die feudale ritterliche Gesellschaft in ihrem Schoße das Bürgerthum empfangen und genährt hat, so zieht unsere heutige Gesellschaft ihren Gegner, den Sozialismus groß, der von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer kräftiger nach dem Tageslicht der Wirklichkeit ringt.

Von der Zeit, wo sich die leibeigene oder Frohnarbeit in „freie Arbeit“ verwandelte, sagte ich vorhin, datirt der Anfang der bürgerlichen Gesellschaft. Die Menschen, welche bei dieser geschichtlichen Geburt damals Hilfe leisteten, welche das Bürgerthum insallirten, trugen sich mit der großen Idee, der allgemeinen Menschheit zu ihrem „ewigen Rechte“ verhelfen zu wollen. Die Engländer im 17., die Nordamerikaner und

Franzosen im 18. Jahrhundert begeistern sich mit Proklamationen der allgemeinen Menschenrechte. Als sich die Bürger von den Privilegien der Fürsten und Geistlichen befreiten, fühlten sie sich noch nicht als besondere Klasse, sie vertraten damals die Menschheit und sind nun auch heute noch selbstgefällig genug zu glauben, daß sie nicht nur vorübergehend einmal als Vertreter derselben fungirten, sondern unmittelbar die Menschheit darstellen, d. h. sie halten immer noch das bürgerliche Regiment für das Regiment der allgemeinen Gleichberechtigung. Die hörige oder leibeigene Arbeit wurde von den Bürgerlichen als Frevel wider die Gerechtigkeit erklärt. Für sich im eigenen Vortheil zu arbeiten und das Produkt dieser Arbeit als freies Eigenthum zu besitzen, proklamirten sie als allgemeines Recht der Persönlichkeit. Im Kampf gegen die feudale Knechtschaft vertrat der Bürger die Freiheit, war er allerdings Widersacher nicht nur der leibeigenen, sondern der Knechtschaft schlechthin. Die freie Arbeit war damals noch nicht, was sie heute ist, war keine Lohnarbeit. Der Bürger war Handwerker, der selbst, wenn auch mit Hilfe von Lehrlingen und Gesellen arbeitete, für die der Lohn erst nur noch im Keime vorhanden war, deren Arbeit sich hauptsächlich mit der Aussicht auf die künftige Meisterschaft, durch den Erwerb der nöthigen Handwerkslöhne bezahlt machte. Unterdessen ist die Geschichte fortgeschritten. Aus dem Bürger ist der moderne Industrieritter erwachsen. Da findet sich nun, daß die freie Arbeit kein allgemeines Menschenrecht, sondern Knechtschaft im Dienste Anderer ist. Die bürgerliche Arbeit ist zur Lohnarbeit geworden, die nichteigene sondern fremdes Eigenthum schafft. Die freie Arbeit, welche das Bürgerthum ursprünglich im Sinne hatte, war die Arbeit des freien Mannes, der mit eigenem Instrument und Material zum eigenen Vortheil schafft. Diese Arbeit hat sich zur modernen Lohnarbeit entwickelt, eine Arbeit im Dienste und Vortheil des Industriebherrn, der Instrumente und Materialien für Hunderte oder Tausende hat, und nun in der Lage ist, Hunderte oder Tausende für sich arbeiten zu lassen, die weder Instrument noch Material haben, um ihre Eigenen sein zu können.

Diese Metamorphose der Arbeit, die Verwandlung der bürgerlich selbstständigen in industrielle Lohnarbeit bildet den eigentlichen Lebens- oder Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft. Dem Arbeiter, der vom Eigenthum auf den Lohn herabgekommen, oder dem Kleinbürger, der von der großen Industrie bedroht, die Erhaltung seiner Selbstständigkeit täglich schwerer findet, widerstrebt es, die offensbare Verschlechterung ihrer Lage als Fortschritt zu feiern. In der That ist denn auch nicht die arbeitende Persönlichkeit, nicht der Arbeiter, sondern die Sache des Arbeitsprozesses fortgeschritten. Die Instrumente und Materialien der Arbeit, der Reichtum oder das Vermögen hat sich konzentriert. Der Arbeitsprozeß hat sich auf eine größere Stufe gestellt und so die Anwendung der Maschinen und vollkommeneren Thätigkeit der Arbeit ermöglicht. Die Gesetzgebungen der bürgerlichen Gesellschaft haben zur Erleichterung dessen alles Eigenthum möglichst mobilisirt. Selbst die Immobilien werden mobil, die Häuser veräußert und theilbar, nicht, sie zu vertheilen, das ist nicht das Resultat der Parzellirung, sondern um sie in den wirtschaftlichsten Händen zu konzentriren.

Die Kultur des Arbeitsprozesses ist die unerläßliche Bedingung für die Kultur des Menschen. Die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse ist die Grundlage oder Voraussetzung für die höheren idealen Bedürfnisse. Nicht der Betrieb im Kleinen, nicht der persönliche, sondern erst die gesellschaftliche Arbeit, der massenhafte Betrieb ermöglicht es, mit spielender Anstrengung die Lebensmittel derart reichlich zu produziren, daß nicht nur für Wenige, sondern auch für das Volk im Allgemeinen Zeit und Sinn für die idealen Zwecke des Lebens zu gewinnen sind. Deshalb, weil der Großtrieb so unendlich überlegen und produktiv ist, weil ihm absolute Zweckmäßigkeit inwohnt, deshalb bringt auch sein politischer Führer, der Liberalismus, in allen Ländern unaushaltbar vor. Das Interesse unserer Sattung fordert, daß die Art der kleinen Wirtschaften zu weichen aufhört. Den beiden Motoren Darwin's, Kampf um's Dasein und geschlechtliche Zuchtwahl, entsprechen in der bürgerlichen Gesellschaft die freie Konkurrenz und die guten Heirathspartien. Sie fördern die Ansammlung des Kapitals, die Entwicklung der Dekonomie, die Verwandlung der freien Arbeit in täglich mehrende Lohnarbeit.

Das Unbewußte, das E. v. Hartmann nicht in die Philosophie eingeführt, sondern nur zu gelegener Zeit popularisirt, mystifizirt, in poetische Form und also in's Gerde gebracht hat, dieses Unbewußte bewährt sich an der Geschichte unserer bürgerlichen Gesellschaft. Das heutige Resultat ist von den ursprünglichen Stimmführern der bürgerlichen Entwicklung nicht gewußt oder bezweckt worden. Im Gegentheil war das von ihnen bezweckte resultatlos. Sie erstrebten nicht die nur formelle, nicht nur die politische, sondern die wirkliche, die soziale Freiheit. Der arbeitende, damals dritte Stand sollte nicht mehr gezwungen sein einen Theil seiner Kräfte an die herrschenden Klassen, an Burg und Kloster abzugeben. Das Volk sollte „frei“ sein, d. h. es sollte den Ertrag seiner Arbeit ganz und ungetheilt genießen dürfen. Sie verschlehten den Zweck, weil sie, wie den Sandhaufen als Haufen einzelner Körner, so die Freiheit des Volkes als einfache Summe frei arbeitender Persönlichkeiten betrachteten. Diese bürgerliche Idee der Volkswirtschaft steht mit sich selbst im Widerspruche. Freie Arbeiter im bürgerlichen

Sinne können die Personen nur sein, wenn mit Privatmitteln auf Privateigenthum jeder ausschließlich für seinen Privatbedarf arbeitet. Dann wäre jeder sein eigener Cavalier, dann könnte die Pfliffigkeit des Einen nicht das Eigenthum zehnt Anderer „erwerben“. Aber es wäre dann auch jede Kulturentwicklung, jeder Reichtum an Lebens- und Genußmitteln, jeder Fortschritt unmöglich. So wollen es die Bürger nicht, dafür ist ihnen die gemeinschaftliche Arbeit, oder wie ihre verkehrte Weltanschauung es nennt, die Theilung der Arbeit zu vortheilhaft bekannt. Sie wollen eine bürgerliche Gesellschaft bilden, deren Mitglieder das genießen, was sie nicht selbst produciren und andererseits produciren, was sie nicht selbst genießen. Sie wollen mit Privatmitteln die entgegengesetzte soziale oder politische Dekonomie treiben.

Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Privatleuten, d. h. um den Widerspruch beispielsweise auszudrücken, sie ist ein vierediger Kreis. Die Bürger sind unabhängige Privatproduzenten, gleichwohl bilden sie eine wirkliche ökonomische Societät, sie sind Glieder eines Sozialismus, die nicht selbstständig, sondern als Organe der Gemeinschaft funktionieren. In der Produktion glauben sie Privatleute zu sein, aber in der Konsumtion erweist es sich, daß die Privatarbeit ein Mißverständnis ist. Das Produkt wirklicher Privatarbeit wird nicht erst verkauft, sondern direkt verbraucht. Robinson machte seine Arbeit nicht zu G. d. Wo Geld die Welt regiert, da regiert die Gesellschaft, regiert Sozialismus. Indem unsere bürgerliche Gesellschaft täglich fort und fort immer mehr sich die Praxis aneignet, mit der Arbeit nicht direkte Genußmittel, sondern verkäufliche, in Geld unumwandelbare Dinge zu erzeugen, zeigt sie daran ihr indirektes Verlangen, die Privatarbeiten in genossenschaftliche Arbeit zu verwandeln. Wer sein Produkt zu Geld macht, verwandelt seine persönliche in genossenschaftliche Arbeit. Wie Christus fleischgewordener Gott, so ist Geld die mystische in ein Ding verwandelte Societät. Soweit das Geld, soweit habe ich die Gesellschaft in der Tasche. Geld ist nicht, wie Wachener zu sagen pflegen, Waare wie andere Waaren. Jede andere Waare ist Arbeitsprodukt eines privaten Bürgers, während Geld, obgleich in Gestalt eines Privatproduktes, doch das kommunistische Arbeitsprodukt der gesamten bürgerlichen Gesellschaft darstellt. Ein Stückchen Geld repräsentirt alle Waaren oder Arbeitserzeugnisse der civilisirten Welt. Seine Quantität ist nur beschränkt, aber seine Qualität unendlich, weil die Gesellschaft unendlich viele Arbeitskräfte umfaßt.

Das Bewußtsein der Bürger hat noch nicht verstanden, daß die Arbeit, um mit Erfolg praktisirt zu werden, gesellschaftlich, gemeinschaftlich, sozialistisch oder kommunistisch ausgeführt wird. Der Justiz, die wohlthätige Natur der Sache treibt dagegen wider Wissen und Willen zur politischen Dekonomie, die aber unter solch vertrackten Umständen auch nur eine vertrackte Form, die Form der Geldwirtschaft haben kann.

Die Forderung des Volkes, den Ertrag seiner Arbeit ganz und ungetheilt zu genießen, hat das Bürgerthum wohl auf seine Fahne geschrieben und so das Volk hinter sich her gelockt; aber nicht verwirklicht. Als es die Deuse der freien Gleichberechtigung aufstreckte, war die heutige soziale Dekonomie, war noch die Geldwirtschaft wenig entwickelt. Die Produktion war vielmehr auf persönlichen, als auf gesellschaftlichen Bedarf, als auf verkäufliche Gut gerichtet. Erst die moderne Entwicklung der Lohnarbeit konnte uns die Erkenntniß nahe legen, daß die bürgerliche Demokratie, daß das Recht der freien Arbeit eine banale Phrase ist, sowohl wo die Völker à la Robinson vereinzelt arbeiten, wie überall da, wo die moderne Gesellschaft dem Volk das Produkt der Arbeit abschwindelt. Die civilisirte Gesellschaft der Bürger unterscheidet sich von den uncivilisirten Gesellschaften der alten Klassiker oder von den Gesellschaften der barbarischen Feudalzeit wesentlich dadurch, daß die machthabende Klasse der Bürger das Volk nicht mehr zu direkter Zwangsarbeit nöthigen, sondern es durch den ausschließlichen Besitz der Arbeitsmittel zur freien Lohnarbeit, zum indirekten Frohndienst zwingen. Die indirekte Form der bürgerlichen Gesellschaft, eine Gesellschaft zu sein und zugleich nicht zu sein, giebt ihrer Arbeit den widerspruchsvollsten Charakter einer freien Leibeigenschaft.

Auf den fundamentalen Widerspruch, daß bewußte Menschen unbewußt eine Gesellschaft bilden, sind alle die sekundären Widersprüche aufgebaut, welche mit der Entwicklung des Bürgerthums tagtäglich frappanter hervortreten. Die bürgerliche Dekonomie z. B. vermehrt den Nationalreichtum bis zu einer verabschenden Höhe, und drängt die Nation herab in die Lage der heillosen Lohnarbeiter. Unsere Politik erstrebt konstitutionnelle Verfassungen, welche dem Volke einen parlamentarischen Antheil an der Herrschaft gestatten sollen, während die Wirklichkeit haben und drüben den kräftesten Militarismus despotischer ausbildet. Die Sittlichkeit ist nie so hoch gerühmt, ihr Lob nie so laut gesungen worden, und dennoch waren Ehre, Treue, Keuschheit u. s. w. niemals verkäufliche Dinge in dem Grade, wie sie das heute sind. Unsere Christen behängen sich mit Gold, Seide und Spitzen und schicken Missionäre aus, um die Wilden zu belehren der Leib sei ein sinkender Madensack. Diese und hundert andere widerspruchsvolle Dinge basiren auf einer Gesellschaft, die keine Gesellschaft ist, die kein Bewußtsein, kein Centralorgan, keinen Kopf und keinen Schwanz hat.

In der vorigen Nummer haben wir den schon früher erwähnten Artikel der Preussischen „Provinzialkorrespondenz“, betitelt: „Die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen“, im wörtlichen Abdruck, unverkürzt mitgetheilt; und wir sind überzeugt, mancher unserer Parteigenossen hat uns, nach Durchlesung des Artikels, im Stillen Borwürfe gemacht, oder doch wenigstens sich gewundert, daß wir den kostbaren, der Stofffülle bei Weitem nicht genügenden Raum des „Volkstaat“ zur Veröffentlichung einer solchen Arbeit hergeben konnten. Es läßt sich in der That nicht leugnen, an sich ist der fragliche Artikel keineswegs darnach angethan, eine ernstliche Berücksichtigung Seitens der social-demokratischen Arbeiterpartei zu finden. Allein der Ort, wo, und die Umstände, unter welchen er das Licht der Welt erblickt hat, verleihen ihm eine Bedeutung, die allerdings den Abdruck nicht bloß rechtfertigt, sondern uns sogar zur Pflicht macht. Die „Provinzialkorrespondenz“, das sei zunächst bemerkt, ist ein streng amtliches, ein offizielles Organ der Preussischen Regierung, eine Ehre, die sie nur mit dem „Staats- und Reichsanzeiger“ theilt. Die wesentliche Eigenschaft eines offiziellen Organs ist aber, daß die Regierung oder Behörde, der es gehört, also in diesem Falle die Preussische Regierung, für den Inhalt verantwortlich ist, während die sogenannten offiziellen Organe, deren die Preussische Regierung in Berlin allein über ein halbes Duzend besitzt, nach Bedürfnis verleugnet werden können, weshalb der Gebrauch derselben so bequem ist. Die Verantwortlichkeit für den Inhalt eines offiziellen Blattes bringt es naturgemäß mit sich, daß dessen Redaction von der betreffenden Regierung überwacht und unter die Controle eines hohen Ministerialbeamten gestellt wird, der dafür zu sorgen hat, daß kein unbedenklicher Stribent in die heiligen Hallen sich einschleicht. Was insbesondere die „Provinzialkorrespondenz“ angeht, so wird sie, abgesehen von den thatsächlichen Mittheilungen der verschiedenen Regierungsressorts, direkt aus den Ministerien mit jenen langathmigen Stimmungs- und Situationsartikeln versehen, welche zum Zweck haben, das von den offiziellen „Saubirten“ mitunter etwas leichtsinnig gehütete Volk — der Denker in die korrekste Denk- und Fühl-Richtung zu bringen, ihm die normale Geistesnahrung in bester Zubereitung und so zu sagen im Extrakt einzugeben.

Aus dem reinsten und tiefsten Born preussischer Staatsweisheit geschöpft, drücken diese Artikel ächt und unverfälscht die Tendenz und die Intelligenz der preussischen Regierung aus, wie sie denn auch von den „Hauptlichtern“ in den respectiven Ministerien, mitunter bei wichtigen Gelegenheiten von den Herren Ministern selbst angefertigt werden. So war z. B. der neulich von uns besprochene Artikel das Wort des Herrn Cultusministers Falk; und der uns jetzt vorliegende trägt unverkennbar die Spuren des Herrn Wagener, der als Dritter im Bunde des Herrn Stieber und Bucher glänzt, und Arm in Arm mit diesen zwei Ehrenwerthen, das geistige Triumvirat der Ära Bismarck bildet.

Es ist ein alter Satz: wenn Zwei dasselbe thun oder sagen, ist es nicht dasselbe. Die Beurtheilung der Handlungen und Worte hängt wesentlich von der Person des Handelnden oder Redenden ab. Wenn ein Wagener über die sozialistische Frage etwas sagt, das im Mund eines einfachen Pennsylvaners völlig gleichgültig wäre, so verdient es trotzdem Beachtung, eben weil es von Wagener ist, das heißt von dem Mann, welcher im Bismarck'schen Reich das Departement der sozialen Frage und des Regierungssozialismus unter sich hat. Quod licet bovi, non licet Jovi*) — um das lateinische Fabelsprichwort umzudrehen: Was man einem Hüttner und einem Leipziger Tageblatt u. s. w. u. s. w. hingehen lassen kann, ja muß, falls man nicht mit viel überflüssiger Zeit besegnet ist, das dürfen wir einem Wagener und der „Provinzialkorrespondenz“ nicht hingehen lassen. In dem betreffenden Artikel haben wir die amtliche Auslassung der momentan maßgebendsten Person (oder Personen), — mit anderen Worten: der betreffende Artikel ist das Programm der preussischen Regierung, speziell des Grafen Bismarck und seines Oberleibsozialisten Wagener über die soziale Frage.

Und dieses Programm, dessen Spitze sich direkt gegen die Brust unserer Partei richtet, können wir unmöglich ignoriren. Dazu kommen die Umstände, unter welchen die Veröffentlichung dieses Programms erfolgt ist. Nachdem Fürst Bismarck seit seinem Amtsantritt ununterbrochen, mehr oder weniger lähn, auf eigne Faust und zu vermeintlichem eigenen Nutzen mit der sozialen Frage experimentirt hatte — wir werden dies interessante Thema in einem Schlussartikel behandeln — gab er nach dem Hül der Commune im Frühsummer des vorigen Jahres plötzlich das, von seinen „Saubirten“ mit gutbezahlter Lungenkraft überoll herumgeschrieene Lösungswort aus, die soziale Frage sei ein so gefährliches Ding, daß eine einzelne Regierung ohnmächtig dagegen, und Rettung nur in dem Zusammengehen aller oder doch mehrerer starker Regierungen zu finden sei; das Uebel liege tiefer, als man gewöhnlich annehme, mit bloßen Polizei- und Gewaltmaßregeln lasse sich nichts ausrichten, den gesellschaftlichen Mißständen müsse auf den Grund gegangen, die soziale Frage müsse „studirt“ werden. In der Zusammenkunft, welche Graf Bismarck bald nachher mit Neust hatte, diente die „soziale Frage“ zur Einleitung des letzteren, und man einigte sich dahin, eine internationale Konferenz zur Berathung der sozialen Mißstände, und der zu ihrer Abhilfe nöthigen Mittel nach Berlin zu berufen. Ueber diese Konferenz ließ man nun die widersprechendsten Nachrichten unter das Publikum dringen, anfangs offenbar in der Absicht, seine Neugierde recht aufzustacheln, man wolle, daß von der Sache viel geredet und das Verdienst der preussischen Regierung, endlich einmal dem „Roten Gespenst“ kräftig, mit dem Polizeifädel in der einen und der Fackel der Wissenschaft in der anderen Hand, auf den Leib zu gehen, in alle Weltposaunt, von allen Dächern gepredigt würde. Auf einmal wurde es allerdings merkwürdig still, nur dann und wann sah man ein kirchliches oder großes Körbchen durch die Luft nach Berlin schwirren, dessen Abfender für das Conferenz-Obst dankte. Schon glaubte

man, der Plan sei ganz aufgegeben, da trompetete das Preßbureau in die Welt, die Intelligenz des Intelligenzstaats sei auf's Eifrigste mit der sozialen Frage beschäftigt, die Intelligenz des Intelligenzstaats studire auf Mord und Brand die soziale Frage; die Intelligenz des Intelligenzstaats sitze auf dem Ei der sozialen Frage und werde ausbrüten, worüber die Welt erstaunen solle.

Wohlan: der Artikel der Provinzialkorrespondenz sagt aus, was die Intelligenz des Intelligenzstaats ausgebrütet hat, und eine erstaunliche Leistung ist's freilich, so erstaunlich, daß das kulturhistorische Interesse für uns bei Betrachtung des Artikels fast das politische überwiegt. Wir werden in den nächsten Nummern des „Volkstaat“ zeigen, mit welcher Intelligenz die „Intelligenz“ des „Intelligenzstaats“ an die Behandlung der wichtigsten Frage der Gegenwart gegangen ist.

Politische Uebersicht.

Das Genfer Schiedsgericht hat seinen Spruch in dem Alabamastreite gefällt: England ist von Rechts wegen — um diese vielmisbrauchte Formel einmal in ihrem eigentlichen Sinne zu gebrauchen — zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 15 1/2 Millionen Dollars verurtheilt worden, die John Bull, wenn er eine halbwegs demokratische Verfassung hätte, aus der Hinterlassenschaft Lord Palmerstons und dem Vermögen seiner noch lebenden Mitschuldigen, voran des „liberalen“ Lord Russell, eintreiben würde, was jedoch, da die Zahlungspflichtigen der herrschenden Klasse angehören, natürlich nicht geschehen wird. Für die Sünden der Machthaber muß ja stets das Volk zahlen — so will es nun einmal die heutige „Ordnung“. Inbezug, wie dem auch sei, — daß ein Streit, der unter anderen Verhältnissen sehr leicht hätte zu einem Krieg führen können, durch ein internationales Schiedsgericht beendet wurde, ist eine Thatsache, über die wir nur unsere Freude ausdrücken können. Man darf den Vorgang aber auch nicht übersehen. Er steht eben vereinzelt da. Zu behaupten, das Genfer Schiedsgericht habe einen Krieg zwischen England und Amerika verhindert, heißt Ursache und Wirkung verwechseln. Das Genfer Schiedsgericht kam zusammen, weil die englische und die amerikanische Regierung keinen Krieg wollten; es erzeugte also nicht den Entschluß Frieden zu halten, sondern war bereits Folge dieses Entschlusses. Ein wahrhaft internationales Schiedsgericht, das den Weltfrieden garantiert, indem es die vernünftige Berathung an Stelle des bestialischen Dreinschlagens setzt, ist nicht möglich, so lange Staats- und Gesellschaftszustände bestehen, die sich auf Unterdrückung und rohe Gewalt gründen, statt auf Gerechtigkeit und Humanität.

In Berlin ist die Entrüstung über die jüngste Polizeiheldenthat so groß, daß man bei Hof mit der Absicht umgehen soll, Herrn Madai, den Polizeipräsidenten, welcher am Tag der Maffacre persönlich das Kommando führte, dem Volkszorn zu opfern. Ganz gut. Herr Madai hat jedenfalls grobe Fehler begangen. Der Hauptschuldige an jenen Greueln ist aber — und darin stimmen wir ausnahmsweise einmal mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ überein — nicht Herr Madai, sondern das Berliner Volk. Hätte es nur das Selbstgefühl eines Königs von Baiern gehabt, und sich nicht zur „Deforation“ hergegeben, dann hätte es auch nicht ein canaille behandelt werden können, wie jeder Dekorationsplebs es verdient. Des Uebrigens sagen wir: Menschen, die sich gefallen lassen, was 100,000 Berliner sich am 7. September dieses Jahres gefallen ließen, verdienen nicht bloß die empfangene Züchtigung und Maîträtirung — sie hätten das Behn- und Hundertsache verdient.

Die Deutschen sind wahre Genies — im Betteln wie im Kriechen. Ein Pendant zu den deutschen Tuilerienbriefen bilden die anlässlich der Kaiserzukunft an den Russischen Czar gerichteten Bittbriefe (angeblich 3000 an Zahl) und das Telegramm eines Schützenbundes für jeden verlangten Rubel einen Knutenhieb — und die Leute würden sich auch dann noch bedanken.

Menschenopfer. Ueber die Verunglückungen beim Bergbaubetrieb in Preußen im Jahre 1871 macht der „Reichsanzeiger“ nachstehende statistische Angaben:

Auf den unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Bergwerken, Steinbrüchen und Aufbereitungs-Anstalten waren im Jahre 1871 im Ganzen 213,156 Arbeiter auf 2458 Werken beschäftigt, von welchen 562 oder 2,622 pro Mille, d. i. einer auf 379 Mann durch Unglücksfälle zu Tode kamen, während im Jahre 1870 von 183,532 beschäftigten Arbeitern nur 469 Mann oder 2,555 pro Mille, d. i. einer von je 391 Arbeitern verunglückten. Dem Vorjahre gegenüber hat sich mithin das Verhältniß wiederum ungünstiger gestaltet, was in vier größeren Unglücksfällen und darin zum Theil eine Begründung finden mag, daß durch den allgemeinen Aufschwung, den die Montan-Industrie nach dem deutsch-französischen Krieg im Jahre 1871 genommen, viele noch im Bergbau unerfahrene Arbeiter herangezogen wurden. Von den 483 Unglücksfällen, welche Opfer an Menschenleben erforderten, verloren bei einem 13, bei einem 11, bei einem 10, bei einem 9, bei zwei 5, bei vier 4, bei drei 3, bei vierzehn 2 und bei 456 Fällen je ein beim Bergbau beschäftigter Arbeiter das Leben. Die ersten 4 bedeutendsten Unglücksfälle ereigneten sich im Ober-Bergamts-Bergort Dortmund und 3 durch Explosion schlagen der Wetter, welche theils durch unbefugtes Öffnen der Sicherheitslampen, theils dadurch herbeigeführt wurden, daß Arbeiter sich mit offenen Grubenlampen in Bauen begaben hatten, welche wegen des Austrittens von schlagenden Wettern abgeperrt oder mit Warnungszeichen versehen waren, im vierten Falle kamen bei der Ausfahrt am Seil auf der Grube Neu-Essen in Folge des plötzlichen Bruchs der Seilschreiben-Nähe und des dadurch herbeigeführten Seilbruchs 11 Mann ums Leben.

Nach der Beschaffenheit der gewonnenen Producte stellt sich das Verhältniß wie folgt:

Es verunglückten im Ganzen: 1. beim Steinkohlenbergbau 403 Mann oder 3-4 pro Mille, 2. beim Braunkohlenbergbau 65 Mann oder 3-4 pro Mille, 3. beim Erzbergbau 81 Mann oder 1-2 pro Mille, 4. beim Bergbau auf andere Mineralien 13 Mann oder 2-3 pro Mille.

Die meisten Unglücksfälle wurden durch Zubruchgehen abgebauter Pfeiler und durch plötzlich niedersinkende Kohlen- oder Gesteinsmassen veranlaßt, wobei 215 Bergleute umlamen; bei der Schiefarbeit verloren 23 ihr Leben und in Schächten verunglückten 57 Mann, unter diesen 34 durch Sturz in dieselben und 43 beim Ein- und Ausfahren. Von diesen 43 Arbeitern verloren ihr Leben 15 auf der gewöhnlichen Fahrt, 2 auf Fahrkufen, 17 auf der regelmäßig eingerichteten und von den Berg-Behörden concessioinirten Seilsahrt und 9 bei ausnahmsweisen resp. verbotswidrigen Fahrten am Seil. Bei der Förderung der gewonnenen Producte häupten 16 Bergleute und durch Explosion schlagen der Wetter 60 ihr Leben ein. In Bremsbergen verunglückten 67 Arbeiter, in Bfien Wettern 16, durch Maschinen 13, bei Wasserdurchbrüchen 4, über Tage bei der

Erberung und Verladung der Producte 33 und auf sonstige Weise 15 Bergleute.

Das Verhältniß der Verunglückungen bei den verschiedenen Arten der Schachtfahrten stellt sich im Jahre 1871 wie folgt: Von 84,772 Bergleuten, welche zum Ein- und Ausfahren sich nur der Fahrten bedienten, verunglückten 15 oder 0,177 pro Mille, von den 6565, welche nur Fahrkufen benutzten, 2 oder 0,305 pro Mille und endlich von den 38,462 Arbeitern, welche sich ausschließlich der regelmäßig eingerichteten Seilsahrt bedienten, fanden 17 oder 0,443 pro Mille ihren Tod. Hiernach würde sich statistisch die letzte Fahrmethode als die gefährlichere herausstellen, nach einem dreijährigen Durchschnitt fällt dieses Loos jedoch der Fahrt auf Fahrkufen zu. Dieses Verhältniß ist nur deshalb im Jahre 1871 verriickt, weil, wie oben erwähnt, in einem Unglücksfalle durch Seilbruch 11 Mann in die Tiefe stürzten und gemeinschaftlich ihren Tod fanden.

Berechnet man schließlich die Zahl der Verunglückten auf die gefördertten Mengen und den Geldwerth der Hauptproducte, so kommt im Durchschnitt ein Unglücksfall: 1. beim Steinkohlenbergbau auf 1,288,686 Gr. mit 151,152 Tblr. Werth, 2. beim Braunkohlenbergbau auf 2,115,767 Gr. mit 107,322 Tblr. Werth, 3. beim Erzbergbau auf 915,045 Gr. mit 217,455 Tblr. Werth, 4. beim Kohlen- und Erzbergbau überhaupt auf 1,331,483 Gr. mit 155,545 Tblr. Werth. Also über 500 Arbeiter in dieser einen Branche einem jähren Tod überliefert, und die Zahl der „Unglücksfälle“ im Steigen! Wir haben im Augenblick nicht das nöthige Material zur Hand, um einen Vergleich des Prozentsatzes der Unglücksfälle in den Preussischen mit dem in den Englischen Bergwerken anstellen zu können; bemerkt sei nur, daß die Zahl der „Verunglückungen“ in England beim Kohlenbergbau allein um die Ziffer Tausend das Jahr schwankt. Eine unumstößliche Thatsache aber ist, daß der bei weitem größere Theil dieser sogenannten „Verunglückungen“ auf Rechnung der Bergwerksverwaltungen kommt, und bei gehöriger Sorgfalt vermieden werden könnte. In England, wo der Bergbau einen weit großartigen Umfang hat wie in Deutschland, ist dies allgemein zugestanden; was jedoch nicht hindert, daß das Parlament, als Vertretung der besitzenden Klasse, jeder, den Bergarbeitern wirklichen Schutz gewährenden Maßregel, hartnäckig die Zustimmung verweigert. Bei uns in Deutschland denkt natürlich kein Mensch daran, etwas Ernstliches in der Sache zu thun; am wenigsten die Bergarbeiter selbst, die sich, kleine Aufwallungen abgerechnet, mit an Stumpfsinn grenzendem Fatalismus von den Herren Grubenbesitzern zur Schlachtbank liefern lassen. Was von Preußen und England gilt, gilt natürlich auch von Sachsen; nur daß die Bergarbeiter hier wo möglich noch geduldiger sind als in Preußen (die Englischen Kohlenarbeiter sind andere Bursche; sie haben treffliche Gewerkschaften und kämpfen tapfer mit den Grubenbesitzern). Wirds denn nicht bald tagen in den Geistern? Wird denn nicht bald unsern Bergleuten klar werden, daß es keine Hülfe für sie giebt, wenn sie sich nicht selbst helfen? —

Das Versailler Kriegsgericht — Henterabtheilung Nr. 7. — hat wieder eine Frau (Natalie Duval, verehel. Duval, 46 Jahre alt) zur Deportation nach einem besetzten Platz verurtheilt — und wofür? Weil sie während der Commune mit äußerster Lebensgefahr die Pflege der Kranken und Verwundeten leitete, Frauenvereine gründete und seit 66 Mitglied der Internationale war. Am 6. Mai hatte sie im Verein mit Frau Demitrieff einen Aufruf an die Frauen erlassen, für den Fall des Einzugs der Versailler an die Vorträdern zu eilen. Sie benahm sich — wie aus dem im „Corfaire“ ausführlich wiedergegebenen Bericht ersichtlich — sehr würdevoll und entlokte selbst dem Präsidenten des Gerichtshofs das Geständniß, daß die Statuten des von ihr vor Jahren gegründeten und bislang geleiteten Consumvereins „excellent“ (vortreflich) ja sogar „splendid“ (glanzvoll) seien.

Die immer noch nicht gestillte Blutgier der Versailler Ordnungsfanatiker hat wieder drei Opfer gefordert. Am 17. September wurden Deschamps, Denivelte und Lolioe auf der Ebene von Satory hingerichtet. Unter dem Rufe: Es lebe die sozial-demokratische Republik! Nieder mit den Memmen! Rache! brachen die Männer der Commune zusammen. — Bakunisten und Schweizerianer sehen einander so ähnlich wie ein Ei dem andern. In dem von Guillaume und Schwibgubel (unter Oberleitung Bakunins) redigirten „Bulletin de la fédération jurassienne“ werden die Mitarbeiter des „Volkstaat“ (anlässlich der jüngst von diesem gegen Bakunin veröffentlichten Artikel) nicht anders als „les Juifs de Volkstaat“ (die Volkstaatsjuden) genannt. Und diese Sorte, die in offener Weise den Racenhaf schürt, nennt sich „international.“

Die Herren Hasselmann und Frigische haben über Johann Jacoby den Bann verhängt; der Erstere meint, Jacoby habe sich noch keineswegs als entschiedener Sozialist gezeigt. (Es fragt sich aber: Was nennt Herr Hasselmann „entschieden“? Versammlungen stören? „Judenjunge“ schimpfen und dergl.?) verwerfe noch immer den Klassenkampf (Auch dieses Wort läßt sehr verschiedene Auffassungen zu; die Einen verstehen den geistigen, die Andern den Barrakadenkampf, die Dritten Beides zugleich). Johann Jacoby gehört zu der letzteren Classe, — in seiner Berliner Rede vom Februar 1870 hat er auf die diesjährige Provocation des Herrn von Schweiger ganz „entschieden“ erklärt: „Wenn sich's nicht gutwellig durchführen läßt, werden wir kämpfen!“), hoffe etwas für die Arbeiter von der Humanität der Fabrikanten und den Partnerships („Etwas“ — d. h. nicht viel!) und habe noch nicht sich offen für die Pariser Kommunebewegung ausgesprochen (Als ob der schwächliche, bejahrte Mann verpflichtet wäre, tagtäglich eine Rede zu halten! Jacoby hat sich durch seinen Brief an den „Volkstaat“ im März d. J. als formelles Mitglied unserer Partei erklärt und damit eo ipso auch „für die Pariser Kommunebewegung“, welche von ihrem Anbeginn bis zu ihrem Ende — mag auch Herr Hasselmann den kindischen und obendrein unberechtigten Ehrgeiz haben, „als Erster in Deutschland sie begrüßt zu haben“ — von unserer Partei moralisch unterstützt worden ist. Beweis: „Volkstaat“ vom 18. März 1870 bis auf dem heutigen Tag.) „Das Anerkennen der im Eisenacher Programm durchweg abgeschwächten Sätze des Sozialismus genüge nicht, um ein entschiedener Sozialist im Lassalle'schen Geiste zu sein.“ (Was Lassalle aber über die Eisenacher Forderungen hinausgehendes eigentlich aufgestellt habe, das sagt uns Herr Hasselmann nicht — weil es eben unmöglich ist, zu sagen. Thatsächlich hatte Lassalle sogar die Grund- und Bodenfrage im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein und in seinen Broschüren noch gar nicht diskutiert — wemgleich nicht zu bestreiten, daß

*) Eigentlich: quod licet Jovi, non licet bovi, was einem Jupiter (dem obersten Gott der Griechen) erlaubt ist, ist nicht einem Ochsen erlaubt.

er es, wenn er gelebt, gethan hätte — und doch hat unsere Partei bereits auf ihrem ersten (Stuttgarter) Congress in dieser Frage, zu der sich der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein bis dahin gleichfalls nur theoretisch verhalten hatte, ohne offiziell Position zu ergreifen, eine durchaus sozialistische Stellung angenommen. Die Beschlüsse unserer Congresses sind eben die Fortentwicklung des Eisenacher Programms.)

Herr Frische „erkennt dankend an (Jacoby hat dies nie beansprucht!), daß Jacoby sich der Sozialdemokratie hingeneigt (!) hat“, und „bedauert, ihn noch nicht persönlich zu den Seinigen zählen zu können, weil er sich noch nicht persönlich zu den äußersten Konsequenzen der Sozialdemokratie bekannt hat.“ Unter den „äußersten Konsequenzen“ versteht Herr Frische wahrscheinlich den Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein.

Der „Neue“ citirt in seiner Nr. vom 20. Septbr. fast wörtlich die Worte des „Volksstaat“ Nr. 74, daß sich auf dem Mainzer Congress, im Allgemeinen der Wunsch kundgegeben, daß Angriffe gegen den „Neuen Sozialdemokrat“, soweit sie nicht unumgänglich nötig sind, eingestellt werden, — und sagt gleich darauf:

„Diese Beschlüsse sind gefast, aber die Organe der Eisenacher Partei, der „Volksstaat“, der „Volksfreund“, verschweigen dieselben u. s. w.“ Und diesen Scherz beileidet der „Neue“: „Ein ernstes Wort an die Arbeiter der Eisenacher Partei!“ — Und weiter haben die Leute den Muth, zu sagen: „Wehe dem Beamten der Partei, und wäre es der Vereinspräsident (Memento: Schweizer!), welcher in unserem Allg. deutsch. Arbeiter-Verein die Beschlüsse der Generalversammlung mißachtete; die demokratische Organisation Cassalle's würde ihm bald (1 nach 5 Jahren!) den Weg weisen.“

Ferner sagt der „Neue“: „Zugleich zeigt sich das plammäßige Bestreben, Mitgliedschaften vom Allg. deutsch. Arb.-Verein loszureißen. In Bernau, Forst, Mannheim, Heidelberg, Heppenheim, Bensheim, Lorsch u. s. w. sind durch reisende Redner solche Zerstückelungsversuche unter Anwendung jeder Art von Verlockungen gemacht. In dießem vom Mainzer Congress aus, wo jene Veröhnungsbeschlüsse gefast wurden, reisten einige Redner nach Frankfurt, Bockenheim u. s. w., wo der Allg. deutsch. Arb.-Verein seinen Boden hat, und hielten dafelbst Versammlungen ab, die alles Andere, nur keine Veröhnung, hervorbrachten.“

Gegenüber diesem Scheinmartyrium ist nur zu erwähnen, daß unsere Partei in all den gedachten Orten längst Mitglieder hat und darum mit Hug und Recht dafelbst agitiren darf. Der „Neue“ dagegen schickt seine Leute sogar nach Orten, wo nur Mitgliedschaften unserer Partei bestehen. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

Prozess etc. 1) Der Redakteur der „Demokratischen Bzg.“, Lübeck ist anlässlich des Artikels über den Leipziger Hochverratsprozess auch in zweiter Instanz zu 100 Thalern verurtheilt worden — nachdem der fungirende Staatsanwalt Hencke versichert hatte, daß Herr von Müde, „mit seltener Unparteilichkeit die Leipziger Verhandlungen geführt.“ Der Mann hat Recht: „Solche Unparteilichkeit“, wie sie Herr von Müde erzeigt, ist der Welt unter einer anderen Bezeichnung bekannt, und nur selten — d. h. bloß seitens der Müde's selber — nennt man sie „Unparteilichkeit.“ — 2) Der verantwortliche Redakteur des „Volksstaat“, Muth ist auch in zweiter Instanz zu 20 Thaler Strafe und 20 Tkr. Busse verurtheilt worden wegen einer in der Nr. 13 der während des Hochverrats-Prozesses herausgegebenen „Volksstaat“-Extrablätter bezüglich der Hans Blum'schen Zeitungsberichterstattungsweise enthaltenen Bemerkung. Strafbar wurde indeß von Bericht nur die Form der Bemerkung gefunden. Daß Herr Blum durch das Erkennen für einen wahrheitsgetreuen Berichterstatter erklärt worden sei — wird wohl er selber nur sich einreden können. — 3) Der Mitarbeiter am „Volksstaat“, Hefner, ist auf seinen Rekurs abschlägig beschieden und verurtheilt nunmehr wegen Theilnahme am Haager Congress die vom Polizeidirektor Müde ihm verkannten vier Wochen Polizeihaft.

Vom Haager Congress der Internationale.

Man gewöhnt sich mit der Zeit an Alles — und so hat auch die Internationale bereits eine dicke Haut gegenüber der stürmischen Fluth von Verläumdungen, die ununterbrochen gegen sie andringt.

Die Internationale ist wie ein Universalspiegel, in dem der antisozialistische Theil der Welt seine ganze bodenlose Gemeinheit und Dummheit reflektiren läßt. Wurde in Paris vor 1 1/2 Jahren unversehens von einem Mädchen eine Flasche Petroleum vergessen — so hatte der Generalrath in London damit Paris in Asche legen wollen; stellte sich nachträglich heraus, daß die Internationale im Pariser Centralcomitee nur durch einige Mann vertreten und an den Bränden völlig unbetheiligt war — so war sie wieder eine Gesellschaft vor „Gimpeln“ (vergl. „Herr Bernstein, der „Maggid“ in Nr. 71 d. Bl.) weil sie keine „Mordbrenner“ unter sich zählte. — Scharte sich irgendwo das Volk zu einer Demonstration zusammen, so wird gleich von Zusammenrottungen d. s. Böbels telegraphirt; wurden aber die Internationalen Delegirten im Haag von einer neugierigen Schaar von Gassenjungen, Lehrlingen und Dienstmädchen angegriffen, so „droht die Bevölkerung den Congress zu verjagen.“ So schreibt wenigstens Wiederemann in der „Deutschen Allgem. Bzg.“, der sich bekanntlich von Thiers nur dadurch unterscheidet, daß er nur ein Mal in seinem Leben die Unwahrheit gesagt hat (er erzählt es wenigstens in seiner zu Anfang der 60er Jahre erschienenen Selbstbiographie) und während Thiers „niemals sein Vaterland belogen hat und während Thiers es belügen wird“ (ipsissima verba). Ein Berichterstatter Berliner Blätter, der sich „Sozialdemokrat“ nennt, log sogar in die Welt hinein, Marx wäre auf der Straße mit Roth beworfen worden. Die Thatsache ist einfach die: Im frommen Haag, das von sehr reichen, aristokratischen Philistern stark bewohnt wird, ist die sogen. untere Volksklasse von den Schwarzröcken — denen man dort alle Augenblicke rudelweise begegnet — fürchtbar gegen die Internationale aufgehetzt worden, und wenn die Kirchenpredigten die Gefahr, die dem gottseligen Haag durch den Internationalen Congress drohte, noch nicht klar machten, der fand weitere Aufklärung im „Dagbladet“ („Tageblatt“), einem hundsgemeinen Wisch, das die Einwohnerschaft davor warnte, ihre Frauen und Töchter während

des Congresses auf der Straße hinein gehen zu lassen, und zur Schließung der Silberläden aufforderte.

Und so kam es denn, daß die Gaffer, als sie merkten, daß die Internationalen weder Ohrringsausreißer, noch Mädchenhändler seien, aus Verdruf über die Täuschung, deren Opfer sie geworden waren, dann und wann vor dem Congresslokal ein wenig zu johlen und zu pfeifen anfangen, ohne daß jedoch eine Absicht des Zusammenstoßes mit den Delegirten mit dieser (bloßen Gassenjungen)-Demonstration verbunden war. Gewalthätig ist die dortige Bevölkerung nicht — bloß gänsedumm*, im höchsten Grade eingebildet und verpöft. Auch muß hier constatirt werden, daß sich die Haager Polizei dem Congress gegenüber musterhaft anständig benommen hat; sie hat die Congressmitglieder weder auspioniren noch vorcitiren, noch inquiriren, noch sonst wie maltrairiren lassen, aus eigenem Antriebe und geräuschlos-geschickt durch Aufstellung von 2 Sicherheits-Beamten vor dem Congresslokal für Aufrechterhaltung der Ruhe seitens der Saffengaffer geforgt, sowie dafür, daß der immense Andrang des Publikums zu den öffentlichen Sitzungen zu keinen Störungen Anlaß gebe. Beiläufig sei auch erwähnt, daß die (übrigens unerheblichen) Unterbrechungen, die in den (3) öffentlichen Sitzungen vorgekommen sind, von fleghaften Bourgeois ausgingen.

Von einer „Sprengung“ des Congresses — wie die Anführer der „Deutschen Allg. Bzg.“ einmal durch die „Bevölkerung“, das andere Mal durch die bakunistische Opposition fabeln und faheln, ist natürlich keine Jore. Der Congress mußte Sonntag früh um 1 Uhr geschlossen werden, 1) weil der Saal nur bis zu diesem Tage vermietet war, und 2) weil die Delegirten weder Zeit noch Geld hatten, sich noch länger im Haag aufzuhalten; 3) war die Tagesordnung erledigt, und es stand somit der Schließung des Congresses gar kein Hinderniß entgegen. Noch nie hatte übrigens ein Congress der Internationale so lange gedauert, wie der diesmalige; wenn derselbe nun, nachdem er eine volle Woche gestagt, in optima forma geschlossen wurde, so war das nicht mehr als recht. Der Grund, warum die Herren Correspondenten auf den Congress soviel schimpfen und namentlich die Lüge der „Sprengung“ colportiren, ist lediglich darin zu suchen, daß der Congress, der nur drei (kurze) öffentliche Sitzungen abgehalten, den Pfenniggeizern zu wenig zu verdienen gegeben hat; der Congress sollte wenigstens noch eine Woche tagen, damit die Herren Preßjuden ihre Reisepesen heraus schlagen konnten. Hinc irae. (Daher die Wuth!)

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Grimmitzschau, 23. Septbr. Gewerkschaften! In Folge einer von dem Stadtpolizeiamt Reerane unter dem 12. Septbr. befanntgegebenen Verordnung der Königl. sächs. Kreisdirektion zu Zwickau, darf der von uns auf dem 28., 29. und 30. d. s. Mis. nach Reerane einberufene Congress unserer Gewerkschaft dafelbst nicht stattfinden! — Die betreffende Verordnung beruht sich theils auf die frühere Verordnung der Kreisdirektion Zwickau vom 23. Novbr. v. J., wonach die sogenannten Mitgliedschaften der Internationalen Gewerkschaften für Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter als verboten aufgeführt sind, theils auf den § 24 des sächs. Vereinsgesetzes, wonach Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, keine Zweigvereine bilden noch sich mit andern Vereinen in Verbindung setzen dürfen etc. Die Vertrauensleute des Lokalkomitees zu Reerane haben bereits beim Ministerium des Innern Beschwerde eingereicht und werden wir nach deren Erledigung Näheres bekanntgeben.

Für den Augenblick sind wir gezwungen und der Gewalt zu fügen, die nicht nur eine ganz beliebige Auslegung unserer Organisation einwendet, sondern uns auch an der beabsichtigten Statutenrevision hindern zu wollen scheint, durch welche wir genau festzustellen gedachten, daß wir kein Verband von Mitgliedschaften waren, noch sein wollten. Gleichzeitg haben wir zu berichten, daß wir bereits anderweitige Schritte eingeleitet haben, um unsern Congress außerhalb Sachsens abhalten zu können, jedoch wird, derselbe vor Ablauf des Monats October nicht möglich werden, da es neuer lokaler Vorbereitungen bedarf. Sobald diese getroffen sind, erfolgt Weiteres durchs Organ. — Anmeldung von Delegirten oder Sendung von Mandaten sind inzwischen an den Unterzeichneten abzurichten. Bis dahin veröffentlichen wir folgenden Antrag zu der bereits befannten Tagesordnung: Der Congress wolle berathen, welche Stellung unsere Gewerkschaften zu den Schiedsgerichten einzunehmen haben“ (Referent: Seifert aus Hohenstein).

Gewerkschaften! Man hat unsern Mannschaften vor vielen anderen den Vorzug ganz besonderer Aufmerksamkeit angedeihen lassen, man hat unserer Gewerkschaft damit das Zeugniß ausgestellt, daß sie das Zeug zu einer beachtenswerten Kampfgruppe in sich birgt, dieß allein schon mag genügen. Alle unermülich und guten Muthes zu erhalten! —

Also, auf zum Congress, sobald der neue Sammelort bekannt wird; dort werden wir neue Wege finden, unsere Arbeit siegreich zu vollenden.

Lebt Eure Pflichten, zum Schutz Eurer Rechte
Gruß und Hand in Kampfsgemeinschaft.
F. d. Vorortverwaltung
J. Rotteler, z. S. I. Forst.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 14. September. In der am 13. September abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsraths wurde der von den Berliner Kollegen in Aussicht gestellte Congress in Erwägung gezogen und sprachen sich sämtliche Mitglieder dahin aus, daß ein einmütiges Zusammengehen erwünscht sei. Um aber den Vorwurf eines einseitigen Vorgehens von sich fern zu halten, werden hierdurch alle Mitgliedschaften der Gewerkschaft vom Verwaltungsrath aufgefordert, die hier folgenden Fragen zu beantworten:

I. Stimmen die Mitgliedschaften dafür, daß der Congress gemeinschaftlich abgehalten werde?

II. Welche Stadt wird dazu am bestgelegenen betrachtet? Stimmen die Mitglieder für die von Nürnberg vorgeschlagenen Städte Weimar und Gotha? Vorausgesetzt daß die Berliner Freunde spezielle Vorlage im „Volksstaat“ veröffentlichen.

Die Bevollmächtigten aller Orte wollen zu diesem Zwecke Versammlungen einberufen, die Angelegenheit einer gründlichen Besprechung unterziehen, darüber abstimmen und die hierüber gefassten Beschlüsse an uns gelangen lassen.

Der Verwaltungsrath.
Im Auftrage D. Bilger,
Reitbahnstr. 5.

Alle darauf bezüglichen Briefe sind bald möglichst unter obiger Adresse einzuliefern. Die Abrechnung der Hauptkasse erfolgt am Schluß dieses Quartals.

NB. Auf die in No. 73 d. Bl. gegen mich gerichtete „Aufklärung“ (!) zur Antwort, daß ich gern die Beurtheilung allen unparteiischen Lesern überlasse. Hoffentlich wollen mir die Herren Berliner nicht verbieten zu thun, was meine Pflicht ist. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Dies den alten „Praktikern“ zur Antwort.
D. D.

*) Schreiber dieses wurde allen Ernstes von einem Dienstmann gefragt, ob der König auch zum Congress kommt.

An die Schuhmacher Deutschlands, Deutsch-Österreichs und der Schweiz.

Berlin, 16. September. Kollegen! In Folge des Aufrufs zum Schuhmacher-Congress, welcher diesen Herbst in Berlin stattfinden soll, kann ich die freudige Mittheilung machen, daß im Allgemeinen die Zusage zur Beschickung des Schuhmacher-Congresses ziemlich rege ist, und daß ich mit vielen Kollegen aus verschiedenen Städten in schriftlicher Verbindung stehe, und daß selbst von den Kollegen aus Pest (Ungarn) die Zusage zur Beschickung des Congresses erfolgt ist. Aber desjenigenachtet muß die Betheiligung noch reger werden. Von den Orten, wo noch keine Meldungen eingelaufen sind, muß dieses sofort bei dem Unterzeichneten geschehen.

In nächster Zeit sollen direkte Aufrufe (Flugschriften) versandt werden, und es ist jedes Schuhmachers heiligste Pflicht, für die weiteste Verbreitung Sorge zu tragen; es ist auch nötig, daß Adressen aus den verschiedenen Städten von Kollegen, welche sich der Sache annehmen wollen, eingeschickt werden. Die Stellung der Schuhmacher muß besser werden, denn alle Bedürfnisse steigen und nur die Löhne der Schuhmacher bleiben im Allgemeinen zurück. — Die Lohnfrage ist mit in den Vordergrund zu ziehen. Wachtet auf aus Euren Schlämmern, theilnehmend Euch an der guten Sache, rufet Versammlungen ein, besprecht Eure Lage. — Einigkeit macht stark und führt zum Sieg! — Mit Bruder-Gruß im Auftrage des Komitees
F. Kurin, Vorsitzender.
Königsgraben 15.

An vorstehend Benannten sind auch alle Briefe zu richten.
NB. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Aufnahme vorstehender Zeilen gebeten.

Wichtig. Kollegen! Auf den Aufruf im „Volksstaat“ u. s. w., daß in nächster Zeit ein deutscher Schuhmacher-Congress, vielleicht in Weimar, tagen soll, fühle ich mich verpflichtet, alle Lohnarbeiter und Kleinmeister des Schuhmachergewerkes im 14. sächsischen Wahlkreise aufzuwecken, Versammlungen abzuhalten, sich zu vereinigen und Berathung über einen Delegirten zu diesem deutschen Schuhmachertag vorzunehmen.

Wenn dies alle Ortschaften und Städte unsers Kreises gethan haben werden, wird für unseren Kreis eine Hauptversammlung auf der neuen Schenke beim Bahnhofe Warsdorf abgehalten, um einen Delegirten zu bestimmen. Als Delegirten schlage ich Herrn Gottlieb Stahl, Schuhmachermeister, an. —

Kollegen! Erfülle jeder seine Pflicht; die Partigenossen bitte ich ganz besonders, die Schuhmacher darauf aufmerksam zu machen, daß wir auf rege Betheiligung rechnen.

Wilh. Lehmann, Schuhmachermeist.
Wahlgraben 298.

München, 18. September. Zum deutschen Schuhmacher-Congress in Berlin. Auch die Münchner Schuhmacher können diese Angelegenheit nicht unberührt lassen und haben wir dieselbe in unserer Versammlung als Gegenstand einer Besprechung aufgeführt. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesem Congress nicht einverstanden, da das Vorgehen der Berliner Kollegen als zu einseitig erscheint. Ueberdies haben wir schon den Erfurter Allgemeinen Gewerkschafts-Congress beschickt, an dem sich Berlin zu unsern Bedauern nicht betheiligt hat. Wir haben unsere Kräfte bei diesem Congress ziemlich in Anspruch genommen und werden solche nicht schon wieder anstrengen zu einem parteiischen Zweck, wie es uns hier erscheint.

Im Auftrage:
Alois Dörmann, Schriftführer.

Leipzig. In der Generalversammlung des Buchbindervereins vom 14. September wurde beschlossen: Die Gründung einer Reiseunterstützungskasse so lange zu vertagen, bis eine allgemeine Organisation herbeigeführt ist. Zugleich werden alle Kollegen aufgefordert, gemeinschaftlich dahin zu wirken, das möglichst bald eine Organisation zu Stande kommt. Dieses denjenigen Vereinen zur Kenntniß, welche wegen Gründung einer solchen Kasse bei uns angefragt.

Leipzig, Buchbinderverein.

Dresden, vom 26.—27. September soll hier ein allgemeiner deutscher Handwerker-tag abgehalten werden. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a.: Einführung der Arbeitsbücher; mit Zustimmung der Polizei und Ausführenden der Arbeiter; Aufhebung des § 116 der Gewerbeordnung (Kündigungsbetr.); Aserichtigung von Probedällen bei Beendigung der Lehrzeit; Wegfall der Beitragspflicht der Meister und Prinzipale zu den Waisen-Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen; Vereinigung der Meister verwandter Gewerbe gegenüber den Gesellenverbindungen. — (Es ist in der That späßhaft, diese verhassten Jänntler immer und immer wieder mit ihrem Joppe paradir zu sehen. Wir rathen den „ehrlichen“ Meistern allen Ernstes, über die Ursachen des Verfalls des Kleinwerkes sich bei ihren Vorgesetzten Besprechung zu erholen. Angesichts der unaufrichtigen Kämpfe der Arbeiter mit dem exploitirenden Kapital, angesichts der fernern Thatsache, daß das Kleinwerke unter dem Drucke dieses selbigen Kapitals leidet, ist das ewige Geschrei der Kleinmeister nach polizeilicher Beschränkung der individuellen Freiheit der Arbeiter wahrhaft ekelerregend.)

Dresden, 17. Septbr. Wir lesen im „Volksboten“: „Ein Steuerhahn im Gefängniß. Vergangenen Freitag Mittag stellte sich im hiesigen lg. Arresthause ein Steuerbote des löblichen Rathes zu Dresden ein und verlangte dringlich den inhaftirten Redakteur des „Volksboten“, Otto-Walster, zu sprechen. Als Walster, ganz erkannt, was der Rath im Gefängniß von ihm noch wünschen könnte, in die Arresthauswache kam, präsentirte ihm das einnehmende Wesen eine Zahlungsaufgabe wegen Verzögerung von 1 Thlr. 15 Ngr. Personal-, 9 Ngr. Schuherwerantensteuer, sowie 7 Ngr. durch diese Zahlungsaufgabe erwachsene Kosten für ersten Termin 1872. Diese wohlgemeinte Anmuthung beantwortete Walster am andern Tage unter Rückendung der Zahlungsaufgabe wie folgt:

„An den löblichen Rath zu Dresden 2. Abtheilung. Die Energie des löblichen Rathes zu Dresden im Steuereintreiben ist zwar genugsam befannt, daß sie aber selbst durch die Thüren des Gefängnisses reicht, mußte ich gestern durch die bei tegende Zahlungsaufgabe in Erfahrung bringen. Seit Ende Mai befinde ich mich im Gewahrsam des lg. Bezirksamtes, und ich frage, wozu soll ich jetzt Steuern bezahlen und wofür? Meine einzigen Besätze (einige Unterhosen abgerechnet, die ich von meinen Freunden erhalten) sind etwas in Wasser gelochtes Gemüse und soviel trockenes Brod, das ich drei Viertel davon verkaufen könnte, wenn zu Handesoperationen Gelegenheit geboten wäre. Personalsteuer bin ich um so weniger verpflichtet zu bezahlen, da ich jetzt keine Person, sondern Strafer, mitten unter Dieben, Eindrehern, Armeidigen, Urkundenfälschern, Kämmlerblüthenpielern etc. bin, auch bedarf ich hinter Doppelthüren und Doppelgittern als Schuherwandter zur Zeit der Stadt Dresden nicht. Ich hoffe, der löbliche Rath wird unter solchen Umständen von einer Steuerentnahme bei mir absehen und zeichne

hochachtungsvoll August Otto-Walster.“

Berlin, 22. September. In einer vörgestern Nachmittags stattgehabten Audienz der Kommission der Herren den Reichensbauer (Kriegsgesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf) bei dem Director Walz, erklärte derselbe, daß der Verwaltungsrath nicht bewilligen und in keine Unterhandlungen mehr mit der Kommission treten werde. Der Verwaltungsrath sage sich vollständig den Beschlüssen des „Fabrikantenbundes“. — Besser als durch diese scharfe Abweisung der Arbeiter kann die „Harmonie“-Lehre nicht kommentirt werden.

Berlin, 22. September. Am 16. d. M. ist hier ein Congress der Eislermeister Deutschlands eröffnet worden. Zur Berathung gelangten folgende Punkte:

1) Der Hauptzweck des Congresses soll sein ein inniger, fester Verband sämtlicher Arbeiter über ganz Deutschland mit einem Central- und den nötigen Provinzial- und Ortscomitees und, wenn möglich, einem Organ zur Besprechung der gemeinsamen Interessen. 2) Eine feste zu bestimmende Arbeitszeit über ganz Deutschland, und zwar Winter- und Sommer gleichmäßig von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags und von 1/2 Nachmittags bis 6 Uhr Abends, jedoch mit Abschaffung von Frühstück und Vesper in den Werkstätten. 3) Abschaffung des Einholens von Bedürfnissen jeder Art für den Arbeitnehmer durch den Lehrling oder Hausknecht 4) Einführung des Selbsthaltens des Werkzeuges seitens der Gesellen, mit Einschluß des Sandpapieres, soweit dasselbe zu jeder Paarl erforderlich ist. 5) Abschaffung jeder Lohnarbeit, soweit es irgend zu ermöglichen ist. 6) Die Zahlung des Wochenlohns für die auf Wochenlohn arbeitenden Gesellen erfolgt Sonnabends nach 6 Uhr Abend 8, für die auf Accord arbeitenden Ge-

...den selbst noch Fertigstellung der Arbeit; bei größeren Recorden vier-
stündige Abschlagszahlungen. 7) Ueber Streitfragen zwischen Arbeit-
geber und Arbeitnehmer sollen Schiedsgerichte mit Creationsmacht ent-
scheidend. 8) Abschaffung der Verpflichtung für die Arbeitgeber, die
Krankengelder bei den Gewerkschaften für den Arbeitnehmer zu veran-
lagen. 9) Strenge Controle darüber, daß kein Arbeitgeber einen Ar-
beitnehmer ohne ordnungsmäßigen Arbeitschein einstellt, auf welchem
zu vermerken ist, wenn der Geselle etwa den Accord böswillig verlassen
hat. 10) Ueberreichung einer Denkschrift an den Reichstag, in welcher
nachgewiesen wird, wie sehr der Geschäftsgang es dem Arbeitgeber er-
schwert, zu seinem Rechte zu gelangen. Punkt 9 ist nach dem „Dresd.
Journal“ nach langer Diskussion in folgender Fassung angenommen:
„Jeder Arbeitnehmer ist bei Strafe verpflichtet, ein Arbeitsbuch zu
führen, worin von dem jedesmaligen Arbeitgeber des Ortes, wo er ge-
arbeitet hat, der Ein- und Austritt vermerkt sein muß. Eine gleiche
Strafe trifft den Arbeitgeber, wenn er einen Arbeiter ohne Arbeits-
nachweis in Arbeit nimmt.“ — Was sagen die Arbeiter dazu?

Nürnberg, 16. September. An den „Gewerkverein“ und seinen
Nürnberg Korrespondenten. In dem Bericht vom 15. d. M., be-
ziffelt: „Agitationssammlung in Nürnberg“, sagt der Verbandssekre-
tär der hiesigen Hirsch'schen, Memminger habe, um über den Harmo-
niedort die ganze Schale seines sozial-demokratischen Hornes auszu-
schütten, ein außerschließendes Mitglied des Gewerkevereins gegen Herrn
Hirsch in's Treffen geführt. Auf diese infame, niederträchtige Ver-
schwörung nur das, daß wir genannten Herrn nicht weiter kennen als
von jener Versammlung her, auch nie mit ihm im Verkehr gestanden
haben, und daß es uns ganz gleichgültig ist, auf welche Weise die
Hirsch-Dunder'schen Pauernfinger dumme Arbeiterüberdöseln, weil die-
selben durch derartige Vorkommnisse am leichtesten vom Harmonie-
schwindel luriert werden. In vorhergehender Nummer des genannten
Blattes heißt es: „Die Münchner Sozialisten hätten den „gefährdeten“
Gegner mundtot gemacht, damit die Arbeiter keine seiner „gebedröhten“
Fortzüge zu hören bekommen.“ Wenn Hirsch ein so gefährlicher Gegner
für die Sozialdemokraten ist, warum trat er dann in Nürnberg nicht
in öffentlicher Volksversammlung auf, wo Herr Hirsch nicht den Versuch
hätte machen können, die Wahl des Bureaus zu unterlassen.

Im Nürnberger Bericht heißt es ferner: „Bureau ertönte es fort-
während aus den „wohlbedachten Reden“ der Sozialdemokraten.“ So
viel uns bekannt, wurden bis jetzt bloß Reduten, Hunde und Volks-
bildungsvereinsmitglieder dreifert, sozial-demokratische Reden nicht.
Wir hatten übrigens bei dem jesuitischen Vorgehen der Herren gar
keine Zeit, unsere Leute auf irgend etwas vorzubereiten, während schon
seit Wochen von Seiten der Hirsch-Dunder'schen saule Eier in einigen
Artikeln über die soziale Frage in den „Fürther Neuesten Nachrichten“
gelegt worden waren.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß am vergangenen Sonntag
brim Reichsbekanntnisse Feuerbachs, als Alles in gehobener, tieferer
Stimmung war, Herr Marx, der hiesige Verbandssekretär es war,
der in Compagnie mit einem Gleichgesinnten am neuen Thor den
Trauerzug zu bespötteln wagte. Einem dummen, naseweisen Jungen
gibt man für ein solches Betragen Dreizehn; da aber Herr Marx
kein dumme, naseweiser Junge, sondern Hirsch-Dunder'scher Dis-
seminarist und Agitator ist, so muß man ihn in der Presse kennzeichnen.
Und das geriet sich als Gründer des Vereins zur Ausbreitung v. v.
Volksbildung? (Ueber die Gründung dieses Vereins nächstens etwas).

Wiesbaden, 11. September. d. J. fand dabei eine von
ca. 400 Personen besuchte Volksversammlung im Saalbau Hotel
statt, in welcher Schmidt zum Vorsitzenden, Gramer zum Stell-
vertreter und der Unterzeichnete zum Schriftführer gewählt wurden.
Lehterer hatte auch die Versammlung eröffnet. Ueber den ersten
Punkt der Tagesordnung: „Die soziale Frage“ übernahm das Referat
Herr Bahleisch aus Dresden. Derselbe löste das Räthsel über die
soziale Frage so gründlich auf wissenschaftlichem Gebiete, daß keiner
der Anwesenden ihn widerlegen konnte; denn es hatten sich auch
Gegner eingeunden. Der Referent holte die Frage aus alter Zeit
nach, aus der Zeit des römischen Reiches, der Zeit des Mittelalters
bis auf die neueste Zeit, namentlich beleuchtete er die Brüllorgel u. d.
Zünftler. Nach Herrn Bahleisch trat Herr Albert aus Mainz u. d.
weiter Referent auf und beleuchtete unser dormaliges Wahlsystem und
rügte den Fehler desselben, daß den Vertretern keine Diäten gewährt wür-
den. Er sprach auch über die von Herrn Widmark einberufene Kon-
ferenz zur Lösung der sozialen Frage mit dem Schluß, daß diese
Konferenz, welche nur aus Polizeibeamten bestehe, die Lösung nicht
bewerkstelligen könne. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung:
„Die indirekten Steuern“ referierte Herr Schlein aus Dresden.
Referent legte der Versammlung aus, was indirekte Steuern seien,
und daß der Arbeiterstand dieselben nur allein bezahlen müsse; er
führte den statistischen Nachweis des preussischen Staatshaushaltes an
und brachte zum Schluß folgende Resolution ein: „Die heutige Ver-
sammlung erklärt, im Einverständnis mit dem Prinzipien der Sozial-
demokratie die Abschaffung der indirekten Steuern und die Einfüh-
rung einer gleich ein, progressiven (aufsteigenden) Einkommen- und Erb-
schaftssteuer herbeiführen zu helfen.“

Diese Resolution wurde angenommen. Ueber den dritten Punkt
der Tagesordnung: „Die Justiz- und Arbeitslosenarbeit und deren
Konkurrenz“, referierte Herr Wehner aus Berlin. Ueber den Zusatz
zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Geschäfte des Herrn J.
Baum zu Wiesbaden“ referierte Herr Schmidt von hier, nachdem er
den Vorzug an Gramer abgegeben hatte. Baum ist nämlich Privat-
unternehmer der Cigarettenfabrikation, der Weberei, Druckerei, ES ein-
erei und Schuhmacherei im Arbeitshaus in Oberbach. Es wurde
von Schmidt dessen Proft gegen den Kleinmeister öffen an Arbeits-
lohn gründlich nachgewiesen, und zeigte derselbe öffen an Arbeitslohn
der 15 Cigarettenmacher, welche er dort beschäftigt, einen reinen Nutzen
von 2340 Thaler, denn der Kleinmeister müsse für 15 Cigarettenmacher
ähnlich 3120 Thaler Arbeitslohn bezahlen, während Baum nur 780
Thaler bezahlt. Hieraus kann man die Konkurrenz erkennen, welche die
Justiz- und Arbeitslosenarbeit den freien Arbeitern macht.

Die Versammlung war von dem Polizeisekretär und einem
Polizeisergeanten überwacht, aber vor der Saalthüre hatten sich noch
ein halbes Duzend Polizeimänner in Position aufgestellt um gleich
Hand ans Werk legen zu können, wenn es Noth thue. Die beiden
hiesigen Blätter, der „Rheinische Kurier“ und die „Rheinische
Zeitung“ haben die Versammlung ganz todgeschwiegen. Es geht
hier das Gerücht und ist auch den Redakteuren von hier angekommenen
Männern ins Gesicht geschleudert worden, sie seien von Baum mit
20 Thlr. bestochen worden. Ueber den Haager Kongress haben sie
lange Berichte aufgenommen und die Delegirten geradezu verläumdelt,
aber Lokalberichte über Wiesbaden schweigen sie todt.

Phil. Engelhardt, Schriftführer.

Worms, 20. September. Es ist wirklich köstlich, die Vermade
in Nr. 20 des hiesigen „Propheteis“ zu lesen, und dabei die Wahr-
nehmung zu machen, daß diejenige Partei, die im Besitz des Kapitals,
im Besitz der Intelligenz, überhaupt im Besitz alles Wissens sein will,
in sich stöcklicher Weise den Stab über sich selbst bricht. Wir können
beinahe nicht umhin, unsere Parteigenossen diese Vermade mitzutheilen.
Sie lautet wie folgt:
„Unsere sozialen Verhältnisse gestalten sich immer trauriger. Die
hiesige Industrie zählt in runder Summe 500 selbstständige Unter-
nehmer, die doch im Allgemeinen keine Sozialisten sind. Sie zählt
aber außerdem mindestens die doppelte Summe hervorragerender Ar-
beiter, zum Theil Künstler in ihrem Fach, die eben so wenig Neigung
haben, sich in die sozial-demokratische Durchschnitts- und Gleichheits-
Grundgruppe mit einzufügen zu lassen. Wir haben außerdem den Fabri-
komeinere, der sich die Aufgabe gesetzt hat, den Uebergreifen der
Demagogie zu wehren; die Freimarkeure, die in ihrer Weise für
humane Zwecke wirrt, unter welchen doch kaum die Zwecke der Agita-
toren zu verstehen sind; den Arbeiterbildungsverein, der bereits seit
Jahren an den Arbeitern „beranbietet“; wir haben Kirchen, Schulen,
Polizei- und Verwaltungs-Behörden; eine wohlthätige, gut unter-
stützte Presse, — lauter Organe, von deren Zusammenwirken man den besten
Erfolg im Kampfe gegen die Unvorsprecherei sollte erwarten dürfen. Und
dennoch ist es eine Thatsache, daß die er. W. se von organisirter Intelligenz
gegenüber ein Häuflein zum großen Theile mittelwässiger Arbeiter, mangel-
haft unterrichteter, zum Theile gänzlich unwissender Leute unter der
Hand der Arbeiter von Tag zu Tag größeren Einfluß gewinnt, ja
bereits den einzigen wirklichen Einfluß hat.
Dies zeigt sich namentlich darin, daß es jüngst den Sozi-
aldemokraten gelungen ist, den bisherigen Vorstand des Arbeiterbildungsver-
eins, der ihr Gegner war, zu verdrängen, und durch einen andern

zu ersetzen, der zwar nicht ihrer Partei ist, aber doch derselben nicht
den Widerstand zu leisten vermag, wie der bisherige es gethan hat.
Bei der großen Mühseligkeit der Partei aber, und bei der großen
Empfänglichkeit der Arbeiter für ihre Stichwörter, darf man nicht
ziemlicher Sicherheit annehmen, daß schon die nächste Wahl positiv
zu ihren Gunsten ausfallen wird. Sobald sie aber die sichere Mehr-
heit im Verein hat, gebietet sie auch über das Vermögen derselben,
das in Werthen von etwa 25,000 R. besteht und etwa zur Hälfte amori-
sirt ist. Rechnet man hinzu, daß der Ortsverein der hiesigen Gold-
arbeiter mit einem Vermögen von 5000 R. ebenfalls unter sozial-
demokratischer Leitung steht, so können wir beurtheilen, welcher Einfluß
sich allmählich in den Händen der sozialen Umsturzmänner anzuhäufen
droht. Und das Alles durch ein Häuflein von der Natur und dem
Glück keineswegs begünstigter, in der Erziehung gradezu verwahrloster
Leute, gegenüber einer Masse von Intelligenz erhöht durch sorgfältige
Erziehung und Bildung, verstärkt durch Vermögen, Ansehen, Einfluß
und Autorität! Wie ist das möglich?

Wir geben dem Artikel-Schreiber auf seine Frage, wie das alles
möglich ist, die Antwort: Nur dadurch ist es dem kleinen Häuflein (??)
in der Erziehung verwahrloster (?) Leute möglich, gegenüber der
Masse von Intelligenz den einzig wirklichen Einfluß zu besitzen, weil
auf dieser Seite die Wahrheit, die Redlichkeit und die Gleichberechtigung
aller Menschen angestrebt wird, während auf jener Seite größtentheils
die Lüge, die Heuchelei und die Ausbeutungssucht maßgebend sind.
G. S.

Wormsheim. Die Parteigenossen in Schwaben und Baden
werden darauf aufmerksam gemacht, daß in nächster Zeit Pfarrer
S. Schuster aus Karlsruhe seine sozialen Missionspredigten wieder an
verschiedenen Orten halten wird. — Diesmal scheinen die geneigten
Hörerschafter Weisung erhalten zu haben, Distinktionen über diese
Vorlesung möglichst zu vermeiden. — Da das Streben dieser christlichen
Sozialisten genugsam bekannt ist, so werden die Parteigenossen auf
dem Platz sein, und ihre Pflicht erfüllen.

Landshut, 17. Sept. Seit 1 1/2 Jahren bestand hier ein Ar-
beiterverein, in welchem schon längst die sozial-demokratische Gesinnung
vorherrschend war. Dieser löste sich nun am 31. vorigen Monats
auf, und es bildete sich eine Mitgliedschaft der sozial-demokratischen
Arbeiterpartei (Eisenacher Programm), welche bereits 36 Mitgl. der
zählt; eine Zahl, die in Anbetracht des hier so feinsten Bodens be-
züglich der Bearbeitung der Arbeiterklasse eine verhältnißmäßig nicht
geringe zu nennen ist. — Am 14. Septbr. fand hier eine zweite
Volksversammlung statt, (Die erste wurde aufgelöst) welche
äußerst zahlreich von Personen aus allen Ständen besucht war. Bei
Beginn derselben zeigte der Vorsitzende an, daß gegen die Auflösung
der ersten Versammlung der Rekurs ergriffen worden sei und ertheilte
sobann Herrn Scheil, welcher Referent der Tagesordnung war, das
Wort. Derselbe besprach die soziale Frage, die er nach Passalle mit
Recht als die Magenfrage bezeichnete. Er wandte sich zunächst gegen
Schulze-Deitshch mit seiner bereits bankrottten Lehre von der Selbst-
hilfe, geistliche die Actiengesellschaften, welche das Capital der Rinder-
begüterten aufzogen, legte dann die Lehre Passalle's dar und verlan-
dete den sozial-demokratischen Staat als den Hort der Zukunft für die
Arbeiter. Im zweiten Theil der Rede vortrübte Herr Scheil die In-
ternationale. Schließlich forderte er die Arbeit zur Aneignung poli-
tischer Bildung auf. Die Idee des Sozialismus, der im sozialdemo-
kratischen Staate Jedem nach seiner Arbeitskraft gleichmäßigen An-
theil an der Frucht der gemeinsamen Arbeit und ausreichenden Lebens-
unterhalt gewährt, werde trotz aller Verfolgungen siegen. Der Redner
ernannte ungetheilten Beifall.

Es darf wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß bei
fortgesetzter fleißiger Agitation dahier die Mitgliederzahl ansehnlich
wachsen werde.
J. B. Vertrauensmann.

Wannheim, 17. Septbr. Sonntag, den 15. d. M. hatten die
hiesigen Mitglieder des Allg. Deutschen Arbeitervereins einen Süd-
deutschen Arbeitertag einberufen, und hielten sie bei dieser Gelegenheit eine
Masseversammlung unter freiem Himmel ab, zu welcher sie die
Leute mit einem Musikchor und einem Umzuge durch die Stadt herbei-
zuzuziehen suchten. Die badijsche und eine schwarz-roth-goldene Fahne
wurden vorangetragen. Auf dem Platze angekommen, wurde die Wahl
des Bureaus in sehr willkürlicher Weise vorgenommen. Da in Nr. 104 des
„Neuen“ wir „Eisenacher“ als zu ohnmächtig erklärt wurden, ihnen Oppo-
sition zu machen, so haben wir es uns zur Pflicht gemacht, ihnen in
Zukunft das Gegentheil zu beweisen. Die Tagesordnung lautete: 1) Die
Lage der arbeitenden Klasse und die Verhältnisse der heutigen Produk-
tionsweise. 2) Die Donationen der deutschen Herrscher. 3) Die
Verhältnisse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Ver-
sprechen des Königs von Preußen. Als Referenten waren auf den
Platz angeführt: die Herren Defer und Fleischmann aus
Stuttgart, Stürz und Wolf aus Offenbach, Schneider aus Frank-
furt o. M., Harzmann aus Hamburg. Es waren aber nur die
zwei Erstgenannten und Herr Rühl aus Frankfurt erschienen. Lehterer
referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung in höchst oberfläch-
licher Weise ging aber bei der Aufmunterung der Zuhörer, sich in den
„Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufnehmen zu lassen, in große
Lebhaftigkeit über, die aber nichts nützte. Von unserer Partei waren
Herr Wolf aus Chemnitz und Herr Lepenbeck aus Mainz anwesend.
Ersterer meldete sich sofort zum Wort, es war aber in der allge-
meinen Heile die Rednerliste vom Bureau aus gefällig, was aber
diesmal nichts nützte, denn es hatten sich etliche unserer Parteimit-
glieder in unmittelbarer Nähe des Bureaus postirt, die die Falschung
sogar merken, und somit gelang es Herrn Wolf, das Wort zu erhalten.
Durch seinen klaren feinsten Vortrag gewann Wolf sofort die Sympa-
thie der ganzen Versammlung und wurde öfter applaudirt. Zum
Schluß forderte er die Versammlung auf, unserer Partei beizutreten
und brachte ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus, in welches die
ganze Versammlung einstimmt. Sobann belam Herr Fleischmann,
Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins das Wort. Seine
Rede glied einer auswendig gelernten Lektion. Sobann kam wieder
Herr Rühl und suchte unsere Partei auf die schändlichste Weise zu ver-
dächtigen, worauf Herr Leidencker sich zum Wort meldete. Auf
die Weigerung des Bureaus, ihm das Wort zu ertheilen, appellirte
Leidencker an die Versammlung, durch die ihm denn auch das Wort
ertheilt wurde; Leidencker leitete Fleischmann und Rühl ganz gehörig
heim. Jetzt verließen einige von uns mit Ross und Legendecker den
Platz, um uns in ein in der Nähe befindliches Lokal zu begeben, eine
große Menge folgte uns in dasselbe, und ließen sich Viele in unsere
Partei aufnehmen. Die hiesigen Arbeiter werden immer mehr klar,
was sie vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu erwarten haben
und verheißt derselbe immer mehr an Boden.
Mit sozial-demokratischem Gruß
A. Schimmels.

Gotha, 16. Septbr. Gestern fand hier ein allgemeines Ar-
beiterfest statt. War vorher von allen feindlichen Elementen Alles
gethan worden, um das Fest zu vereiteln, so war dasselbe doch nach
allen Richtungen hin gelungen und heute hört man aus aller Mund,
daß es ein wahres Volksfest gewesen sei. Der Festzug mit seinen
Fahnen, darunter auch die rotte Fahne, nach dem Albertsbad, die
Festrede des Herrn Bod, die Abfindung des Liebes: „Es löst ein
Kuß von Land zu Land“, alles dieses erhielt die Anwesenden in ge-
hobener Stimmung. Es fand dann Concert und Abends Ball statt,
der uns bis früh bejammern hielt.

Gäste waren von Erfurt und Arnstadt erschienen und wir er-
fahren, daß der Arnstädter Arbeiter-Verein deshalb der Partei nicht
beitreten kann, weil dort das vom jetzigen Bundesrat seiner Zeit ein-
geführte Vereinsgesetz Gültigkeit hat. Daher hätte für eine abgehal-
tene Arbeiterversammlung der Vorstand vom Landratsamt eine
Verwarnung erhalten, und drei Polizeier nebst zwei Mitgliedern sind
je mit 2 Thlr. Strafe belegt worden. Fahrt nur so fort, Ihr könnt
nichts Klüneres treiben.

Worms, 15. d. M. ist hier eine Versammlung, in
welcher über den Mainzer Kongress Bericht erstattet wurde, o hne An-
gabe eines Grundes aufgelöst worden. In Sachen ist halt Alles
möglich.

Gingefandt.
Auf verschiedenen Seiten unserer Partei scheint man darüber
pikiert zu sein, daß Herr Frische, der Mittheilnehmer am Eisenacher
Kongress, der sich kurz nach demselben, — um den Schweizerianern
im Allg. deutschen Cigarettenarbeiterverein keinen Grund von Haber
zu geben — von der politischen Agitation zurückzog, nun in den

Allg. deutschen Arbeiter-Verein eingetreten ist. Ich finde keinen Grund
dafür. Herr Frische ist nie Anhänger unserer Partei und nie Geg-
ner des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins gewesen — was sollte ihn
also hindern, in diesen wieder einzutreten? Herr Frische hat sich
seit jener Zeit, da er dem Buchhändler Peter (1868) eine Ohrfeige
gab, weil dieser es wagte, das „Demokratische Wochenblatt“ zu lesen,
nicht um ein Haar geändert. Gemeis: der Stil, in dem er in No.
109 des „Neuen“ unsere Parteigenossen Kaiser in Berlin angreift.
Daß Herr Frische den weit unbefähigteren Hasenklever in kurzer
Zeit ersehen wird, liegt auf der Hand; dann wollen wir sehen,
wie sich Herr Frische zu unserer Partei stellen wird.
Leipzig.
hr.

Briefkasten
der Expedition: Oppenheimer, Hörden für Schriften 17 Gr.;
Müller Colp., für Abonnement III. Qu. 25 Thlr.; Hüblich, für Abon-
nement 3 Thlr.; Dopauer, Bismarck für Abonnement III. Qu. 23 Thlr.
19 Gr. für II. Qu. 1 Thlr. 11 Gr., das Uebrige an den betreffenden
Kassirer abgegeben; Sauerzeit, Gotha: die Annonce des Arbeiterfestes
kostet 14 Ngr.; Levey, Pest 3 Thlr. 7 Gr. erhalten; Engelhardt,
Wiesbaden: Wir haben nur das hies. Vereins- und Versammlungs-
gesetz; Gergel, Lamas, Deva für Schriften 1 Thlr.; Jork, Hamburg
für Annoncen 16 Gr. erhalten; Luber, Braunschweig. Ich sandte Dir
30 Stück; Arbeiter-Partei Köln für Annoncen 12 Gr., Allgemeine Ge-
werkschaftsversammlung: Annoncen 12 Gr.; Cigarettenarbeiter-Gewerk-
schaft Köln für Annoncen 5/2, Ngr. Wädler, Greiz für Schriften
21 Gr.; Metallarbeiter-Gewerkschaft Leipzig für Annoncen 26 Gr.
der Redaktion: Jäger in Dresden: Die Beschlüsse sind uns am
Montag, d. 23. d., zugestellt worden. — Unsere Korrespondenten bitten
wir nochmals, etwaige Veräumnisse in der Aufnahme von Sendungen
zu entschuldigen.

Für politisch Gemäßigete.
Von der Metallarb.-Gewerkschaft Leipzig 1 Thlr. 17 Gr.
Donnerstag, den 26. September

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.
außerordentliche
Generalversammlung
im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, Ritterstr. bei Schap.
Tagesordnung: Nachmalige Statutenänderung.
Leipzig, den 11. September 1872. Der Aufsichtsrath:
B. Ulrich, Vors.

Für Leipzig.
Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Freitag, den 27. September, Abends 8 Uhr im Leipziger Saale
Tagesordnung: Soz.-pol. Wochenbericht, Ref. Bayer. Freie Dis-
kussion.
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Für Wilsau.
An die Leser des Volksstaat.
Da durch schwere Erkrankung der dortige Filialexpeditior
außer Stande ist, das Geschäft weiter zu führen, so werden die
Leser des Volksstaats ersucht, entweder für 4. Quartal recht-
zeitig ihre Bestellungen bei der Post zu machen oder für Ueber-
nahme der Filiale von einem zuverlässigen Manne Sorge zu
tragen. Reglement x. steht zur Verfügung.
Die Expedition des Volksstaat.

Für Gotha.
Sozial-dem. Arbeiter-Partei.
Connabend, den 28. September, Abends 8 Uhr Versammlung.
Tagesordnung: Wahl eines Vertrauensmannes.

Für Köln.
Gesellschaftliche Versammlung
der hiesigen Parteimitglieder am Sonntag, den 29. September Abends
8 Uhr, bei Wisborn, Löhleboldsgasse.
Tagesordnung: 1) Kasienbericht und sonstige Angelegenheiten. 2)
Wahl eines Vertrauensmannes.
Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten ge-
stattet.
Der Vertrauensmann.

Für München.
Das Arbeitsnachweis-Bureau für Schuhmacher befindet sich
Kreuzdraß, Brunnengasse 7, u. selbstständig für gute Ueberberaung geforgt ist.

Für Altona.
Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein. Mitglieder-Ver-
sammlung
Donnerstag den 26. September Abends 9 Uhr im Schuhmacher-
Kamhaus, gr. Bergstraße.
Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht. Berichterstat-
tung über den Mainzer Kongress. Referent Lh. Jork.
NB. Die Karten sind vorzugeigen.
Der Vorstand.

Aufforderung.
Der Schlosser B. Elias Bertel aus Mübeland, Kreis Blanken-
burg, wird hiermit aufgefordert, seinen Pflichten hier nachzukommen,
widerigensfalls wir die Sache der Oeffentlichkeit übergeben. Auch er-
suchen wir alle Parteimitglieder sowie die resp. Vertrauensmänner der
Partei, in deren Bereich sich Obgenannter befindet, uns davon in
Kenntniß zu setzen.
Der Vertrauensmann für Hildesheim
F. Despermann.

Den Parteigenossen
empfehlen wir für die Verbreitung der nachfolgenden Blätter eifrigst
zu wirken:
„Braunschweiger Volksfreund“ erscheint wöchentlich sechsmal,
kostet durch die Post bezogen per Quartal 15 Sgr. extra. Bestell-
geld. Verantwortl. Redakteur: W. Brade, Jan.
„Chemnitzer Freie Presse“ erscheint wöchentlich sechsmal, kostet
durch die Post bezogen per Quartal 15 Sgr. Verantwortl. Redak-
teur: Hermann Wed.
„Grimmshauer Bürger- und Bauernfreund“ erscheint wöchent-
lich sechsmal, Pre 8 per Quartal durch die Post bezogen 12 1/2 Ngr.
Redakteur: Witasow Kwasniewski.
„Dresdner Volksbote“ erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per
Quartal durch die Post bezogen 18 1/2 Sgr. Verantwortl. Redakteur
Theodor Daubner.
„Fürther demokratisches Wochenblatt“ erscheint wöchentlich ein-
mal, kostet per Quartal 6 1/2 Sgr. = 22 1/2 Kr. südd. Redakteur:
Anton Remminger.
„Demokratische Zeitung“ erscheint in Berlin wöchentlich sechsmal,
kostet per Quartal durch die Post bezogen 1 Thlr. 10 Sgr. Red-
akteur: G. Hübner.
„Der Volkswille“ Organ der österreichischen Arbeiterpartei erscheint in
Wien wöchentlich zweimal, Preis per Quartal 1 fl. 20 fr. österreichisch
= 22 Sgr. = 1 fl. 24 fr. südd. Verantwortl. Redakteur: Gehrtte.
„Die Tagwacht“ Organ der sozial-demokratischen Partei und der in-
ternationalen Gewerkschaften der Schweiz, erich in wöchentlich ein-
mal in Zürich, kostet per Quartal 7 1/2 Sgr. Redakteur G. Gervulich.
„La Liberté“ Sozialistisches Organ erscheint in wöchentlich einmal in
Brüssel 4 reis per Jahr 12 fr. = 3 Thlr. 6 Gr. (4) 1 +

Nürnberg, den 23. September. (Telegramm.) Arbeits-
einstellung sämmtlicher Schmiede und Wagner. Zuzug fern
zu halten. Briefe und Geldsendungen goldene Krone. Osh-
markt, Brief folgt.
Jagz

Stuttgart 21. September. (Telegramm.) Schuhmacher-
streik ausgebrochen, schnelle Hilfe notwendig. Zuzug fern
halten. Rührer Bericht folgt.

Schreder.
(Wiederholt, weil wegen zu späten Eintreffens nicht in allen Nummern
abgedruckt.)
Leipzig: Berontw. Redakteur R. W. u. h. (Redaktion und Ex-
pedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag von F. Thiele.